

Medienmitteilung

Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz (AefU), 10. Dezember 2020

Chemiemüll im Basler Stadtteil Klybeck

«Offensichtlich berät das Umweltamt den Regierungsrat schlecht»

Unter den Chemiearealen im Basler Klybeck liegen höchstwahrscheinlich hochtoxische Stoffe wie Benzidin. Die Regierung aber rechtfertigt ihre Untätigkeit stets mit neuen, aber falschen Behauptungen.

«In Basel-Stadt scheint man die Altlastenverordnung immer so auszulegen, wie es gerade passt». Das sagt Prof. Walter Wildi, Geologe und Altlastenexperte an der Universität Genf über **ein Antwortschreiben** des Basler Regierungsrats Christoph Brutschin (SP) u. A. an die Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz (AefU) vom 27. Oktober 2020.

Zum Briefwechsel kam es nach einer **Podiumsdiskussion** über die verschmutzten Chemieareale im Stadtteil Klybeck. Brutschin hatte unter Berufung auf das Amt für Umwelt und Energie Basel-Stadt (AUE) behauptet, es brauche eine Änderung der Altlastenverordnung. Nur dann lasse sich im Klybeck systematisch nach hochgefährlichen Substanzen wie Benzidin suchen. Der Stoff verursacht **Blasenkrebs**. Die AefU widersprachen auf dem Podium, es brauche keine Revision der Verordnung. Brutschin blieb dabei. Im Nachgang konfrontierten sie den Regierungsrat **per Brief** mit seiner fragwürdigen Aussage.

In seiner Antwort räumt Brutschin zwar ein, eine Änderung der Altlastenverordnung sei nicht nötig. Brutschin aber rechtfertigt im Brief die Untätigkeit seines AUE erneut mit falschen Behauptungen.

Schlecht untersucht

Das AUE geriet bereits im Mai 2019 durch ein **AefU-Gutachten** in die Kritik. Es zeigte auf, dass bei den Altlastenabklärungen im Klybeck nie systematisch nach gefährlichen Substanzen wie Benzidin gesucht wurde. Dabei hatten die Chemiefirma Ciba SC (heute BASF) und der Pharmakonzern Novartis in einem historischen Bericht¹ aus dem Jahr 2000 über die chemische Verschmutzung ihrer Klybeck-Areale u. a. Benzidin ausdrücklich erwähnt. Brutschin verteidigt im Schreiben sein Amt. Benzidin sei in diesem Bericht nur «als Beispiel für eine von vielen im Betrieb verwendeten Substanzen aufgeführt». Es würde «nicht explizit als Risikosubstanz beschrieben, für welche zwingend weitere Untersuchungen durchgeführt werden müssten», schreibt Brutschin. Auch würden sich im ganzen Bericht «keine Hinweise auf Havarien mit Benzidin» finden.

«Schlecht beraten»

Sigrid Rembold war Co-Autorin des historischen Berichts von 2000. Zu Brutschin's Schreiben hält sie fest: «Offensichtlich berät das AUE Regierungsrat Brutschin schlecht. Selbstverständlich haben wir in unserem Bericht die Risikozonen ausgeschieden, damit der Boden und das Grundwasser in diesen Zonen zwingend auf jene besonders gefährlichen Substanzen untersucht werden, die wir genannt haben. Dazu gehört auch Benzidin». Und weiter: «Diese Risikosubstanzen müssen auch entlang der lecken Abwasserleitungen, unter den alten Produktionsgebäuden, den umliegenden Lager- und Umschlagplätzen von Chemikalien, unter den jahrzehntelang unversiegelten Transportwegen und

¹ Der historische Bericht von Ciba SC/Novartis aus dem Jahr 2000 liegt den AefU vor.

Geleisen sowie bei den Deponien unter den Strassen des Klybecks gesucht werden». Sie verstehe nicht, «warum dies bis heute nicht geschehen ist». Rembold sagt zudem: «Selbstverständlich gab es im Klybeck auch in Benzidin-Bauten Havarien. Sie sind in unserem historischen Bericht **explizit dokumentiert**».

Regierungsrat Brutschin schreibt auch, einen für Basel gültigen Benzidin-Grenzwert – bzw. Konzentrationswert, wie es die Altlastenverordnung nennt – gäbe es nicht. Ein solcher müsse «für jeden Standort neu hergeleitet werden». Es sei deshalb «nicht möglich», den für **die Lonza-Deponie Gamsenried** (VS) hergeleiteten Konzentrationswert in Basel «heranzuziehen». Eine Deponie lasse sich nicht mit einem Werkareal wie im Klybeck vergleichen.

Benzidin-Grenzwert anwendbar

Manfred Beubler widerspricht. Er arbeitete von 1994 bis 2013 im Departement von Brutschin als Abteilungsleiter Gewässerschutz im AUE. Dort war er auch für Altlasten zuständig: «Alle Konzentrationswerte der Altlastenverordnung werden aufgrund allgemeiner toxikologischer Kriterien hergeleitet. Für die Bewertung eines kontaminierten Standortes ist ausschliesslich sein Potential an Schadstoffen und seine Emissionen in Wasser, Boden und Luft ausschlaggebend. Darum ist ein Konzentrationswert für Benzidin im Grundwasser, der in einem anderen Kanton in Absprache mit dem Bundesamt für Umwelt BAFU für einen Ablagerungsstandort hergeleitet wurde, auch für die Bewertung eines Betriebsstandortes wie den Chemiearealen von Novartis und BASF im Klybeck anwendbar.»

Immer wieder falsch

Geht es um Altlasten im Klybeck, versteigen sich die Basler Behörden und insbesondere das AUE wiederholt in Behauptungen, **die sich leicht widerlegen lassen**. So liess die Regierung etwa auch verlauten, der Chemiemüll unter den Strassen im Stadtteil Klybeck sei «**gründlich untersucht**». Es gibt zwar Bohrungen. Sie wurden meist 1929 bzw. 1976 gebohrt. Das Problem: Damals existierte für die zahlreichen Problemstoffe noch keine entsprechende Analysetechnik. Gründliche Untersuchungen waren also gar nicht möglich. Beim Spielplatz Ackermätteli **fehlen selbst die Bohrungen**.

«Verfügt das AUE Basel-Stadt in Sachen Altlasten tatsächlich über die nötige Kompetenz und Unabhängigkeit?», fragt Marcos Buser, Geologe und einst Berater der jurassischen Regierung betreffend Chemiemülldeponie Bonfol.

Zweifel sind angebracht.

Auf den Chemiearealen von BASF und Novartis im Basler Klybeck soll ein neuer Stadtteil mit Wohnungen für 20 000 Menschen und 30 000 Arbeitsplätze entstehen. Die AefU fordern: Zuerst sauber sanieren, dann bauen.

Weitere Infos:

«**Selbstverständlich gab es Havarien in Benzidin-Bauten**», OEKOSKOP 4/20 (Auszug)

Viel mehr Benzidin und andere Karzinogene in Basler Quartier, OEKOSKOP 1/20

Basler Erklärungen zum Klybeck-Chemiemüll auf dem Prüfstand, Oekoskop 4/19

Kontakt:

Dr. Martin Forter, Geschäftsleiter AefU und Altlastenexperte

061 691 55 83